

# Weltzeitung

Berlin SW. 48  
Wilhelm-Str. 32.  
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3348.

Nr. 18. [41. Jahrgang.]

Mittwoch den 22. Januar 1902.

[41. Jahrgang.] Nr. 18.

Für Februar und März werden die beiden Reichs-Vollständigen Abonnements auf die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zum Preise von 2 Mark 67 Pfg.

entgegengenommen; außerdem in Berlin in der Expedition Wilhelmstraße 32 und bei sämtlichen Zeitungs-Expeditoren; — in Potsdam bei H. F. Jungs, Kanal 19.

Berlin, den 21. Januar.

## Politischer Tagesbericht.

### Wiederholte Parlamente.

Im englischen Unterhause wie in der französischen Deputiertenkammer sind am Montag Fragen der auswärtigen Politik erörtert worden. Die Debatte im Unterhause zu London galt vorwiegend dem südafrikanischen Kriege, wobei der Staatssekretär für die Kolonien Chamberlain längere Erklärungen abgab. In der französischen Kammer wurde bei der Beratung des Budgets des auswärtigen Amtes die Orient-Politik und dann ebenfalls Südafrika berührt. Über den Verlauf der Sitzungen liegen folgende Berichte vor:

Im englischen Unterhause fragte Sir John Lubbock den Parlaments-Sekretär Chamberlain, ob er jetzt Aufschluß geben könnte über den Zweck des letzten von Frankreich, Belgien und Deutschland im Jahre 1899 und ob er den Zweck verstehen könne, daß der Vertrag sich nicht auf die projektierte deutsche Wehrmacht in Afrika beziehen sollte. Chamberlain antwortete, daß der Vertrag in jedem Falle seinen Zweck erfüllt, jedoch hat kein englischer Staat ausgedrückt seine Zustimmung zu demselben. In der französischen Deputiertenkammer fragte Chamberlain, ob er jetzt Aufschluß geben könnte über den Zweck des letzten von Frankreich, Belgien und Deutschland im Jahre 1899 und ob er den Zweck verstehen könne, daß der Vertrag sich nicht auf die projektierte deutsche Wehrmacht in Afrika beziehen sollte. Chamberlain antwortete, daß der Vertrag in jedem Falle seinen Zweck erfüllt, jedoch hat kein englischer Staat ausgedrückt seine Zustimmung zu demselben.

Im weiteren Verlauf der Rede erklärte Chamberlain, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde. Chamberlain erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde.

Im weiteren Verlauf der Rede erklärte Chamberlain, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde. Chamberlain erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde.

Im weiteren Verlauf der Rede erklärte Chamberlain, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde. Chamberlain erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde.

Im weiteren Verlauf der Rede erklärte Chamberlain, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde. Chamberlain erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde.

Im weiteren Verlauf der Rede erklärte Chamberlain, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde. Chamberlain erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde.

Im weiteren Verlauf der Rede erklärte Chamberlain, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde. Chamberlain erklärte, daß er sich nicht vorstellen könne, daß die Politik der Regierung und ihre Haltung gegenüber einer Weltung des Streites nicht zu einer neuen Verhandlung über den Vertrag führen würde.

leht werden, und selbst das England, dessen Verhältnisse an Politik und Moral nicht die besten sind, die Friedensverhandlungen zu öffnen, so geht es zwei Punkte, über welche die Regierung in Betracht zu ziehen berechtigt wäre. Erstens über die Verhandlungsbedingungen, welche sich den Engländern anbieten. Zweitens über die Frage, ob England die Verhandlungen zu öffnen, so geht es zwei Punkte, über welche die Regierung in Betracht zu ziehen berechtigt wäre. Erstens über die Verhandlungsbedingungen, welche sich den Engländern anbieten. Zweitens über die Frage, ob England die Verhandlungen zu öffnen, so geht es zwei Punkte, über welche die Regierung in Betracht zu ziehen berechtigt wäre.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Chamberlain will abdam Campbell-Bannerns Vorwürfe gegen die Regierung widerlegen. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht. Er will zeigen, daß die Regierung in Afrika nicht nur die Interessen der Engländer, sondern auch die Interessen der Südafrikaner zu wahren sucht.

Wider haben wollte, würde Gefahr laufen, Konflikte zu verursachen. Der Vereinigte Staaten von Amerika ist es zu empfehlen, sich bei der Entscheidung über die Zulassung von Einwanderern zu entscheiden. Der Vereinigte Staaten von Amerika ist es zu empfehlen, sich bei der Entscheidung über die Zulassung von Einwanderern zu entscheiden.

Das Haus der Repräsentanten berät über eine Vorlage, betreffend Bewilligung von 40000 Dollars zum Empfang des Bräutigams der Königin von Belgien. Der Senat hat die Vorlage abgelehnt. Der Senat hat die Vorlage abgelehnt.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Regierung wurde sehr erfreut sein, falls neue Kontingente, je tausend Mann stark, von Australien und Neu-Seeland ein- landet würden. In Wien ist von der algerisch-marokkanischen Grenze die telegraphische Meldung eingegangen, daß die zur Fremden- legion gehörigen Kapitäne de Grefin und Grafen von Gungobren aus dem marokkanischen Stamm der Beni-Smit auf einem Spaziergang erschossen worden sind. Es verlautet in Dram, daß die Beni-Smit freigezogen gefolgt seien.

Weniger Nachrichten. Der Senat zu Rom genehmigte ohne Meinungsäußerung mit 109 gegen 69 Stimmen die Finanzvorlage, die den Kredit für den Bau des neuen Senatsgebäudes in Rom genehmigt. Der Senat hat die Vorlage abgelehnt. Der Senat hat die Vorlage abgelehnt.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.

Die von „New York Herald“ am Montag veröffentlichte Erklärung der deutschen Botschafter in Wien, die die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft, enthält. Die amerikanische Regierung und die amerikanische Presse in Wien über die Haltung der deutschen Regierung gegenüber dem Vertrag von 1899, das die Zulassung von Einwanderern betrifft.





